

**Gallenblase: Amateurs am Werk?**

"Ohne jeden wissenschaftlichen Wert" soll sie sein - die Studie des Gesundheitsministers Carlo Wagner über hierzulande ausgeführte Gallenblasenoperationen. Das zumindest behauptete die Ärztesvereinigung AMMD am vergangenen Mittwoch auf einer Pressekonferenz. Die Ergebnisse werfen kein sehr schmeichelhaftes Licht auf die Leistungen der Luxemburger Ärzteschaft: Bei 640 PatientInnen, die 1998 die Gallenblase entfernt bekamen, starben vier nach dem Eingriff. 32 PatientInnen mussten nach der Operation zurück ins Krankenhaus. Fazit der Studie: Je häufiger ein Ärzteteam operiert, desto kürzer ist der post-operative Krankenhausaufenthalt. Im Klartext: Vielen Ärzten fehlt es an Routine.

Total falsch sei diese Behauptung und eine "schwerwiegende Beschuldigung", so AMMD-Präsident Joe Wirtz. Damit werde - ohne jedoch Beweise zu bringen - der Eindruck vermittelt, die Chirurgen seien Schuld am Tod der PatientInnen gewesen. Dass die Götter in weiß derart vehement auf die Untersuchung reagieren, hängt aber vielleicht nicht nur mit der schlechten Note in Sachen chirurgische Kompetenz zusammen: Die Studie dient dem Ministerium auch als Rechtfertigung für die geplante Verlagerung von Fachabteilungen in größere Krankenhäuser im Rahmen des Spitalplans.

**Lieber Punkte verlieren als Leben**

Eindeutig Stellung für den Punktführerschein bezogen haben die "Déi Gréng" am Donnerstag vergangener Woche. Die Grünen unterstützen ausdrücklich die grundsätzliche Ausrichtung des Gesetzesprojektes von Transportminister Henri Grethen. Ihr Argument: Die Einführung des Punktführerscheins sei ein wesentliches Instrument für mehr Verkehrssicherheit und eine "faire und gerechte" Maßnahme. Denn: Der Führerschein richte sich gegen alle "Verkehrsröwies", egal "ob Mindestlohnbezieher oder Bankdirektor". Um das Punktesystem wirksam einzusetzen, seien aber auch verbesserte Kontrollen notwendig. "Wir haben da keine Berührungsängste", so der Grüne Abbes Jacoby gegenüber WOXX. Den Einwand der LSAP, mit dem administrativen Charakter des Punktführerscheins übernehme das Transportministerium "ureigenste Aufgaben der Gerichte", lässt Jacoby nicht gelten. Im Falle des Führerscheinentzugs sei es schon heute so, dass das Ministerium hier tätig werden könne. Ein Punktesystem auf der Ebene der Richter zu etablieren, bedeute "eine Prozessflut für die Gerichte". Wichtig sind den Grünen allerdings auch verstärkte pädagogische und verkehrspolitische Anstrengungen seitens des Staates. Dazu zählen neben einer verbesserten schulischen Aufklärungsarbeit und einer Aktualisierung des "Code de la route" zum Beispiel auch ein Durchforsten der Beschilderungsflut.

**Nos amis, les Belges**

Avec l'unification européenne, la coopération belgo-luxembourgeoise change, mais demeure importante. Ainsi le Premier Ministre Jean-Claude Juncker a expliqué lors du briefing de vendredi dernier qu'elle est en train de s'intensifier en matière de politique de "défense". Le matin-même, les deux gouvernements avaient donné le feu vert à l'acquisition d'un navire et de huit avions de transport militaires. La participation luxembourgeoise, d'environ un huitième, coûtera plusieurs milliards de francs. Tout cela pour honorer les engagements envers l'OTAN et la nouvelle politique "de sécurité et de défense" de l'Union européenne.

En même temps, l'union monétaire avec la Belgique deviendra obsolète et les règles de l'union douanière changeront. Ainsi la clef de répartition des accises récoltées par les deux pays est modifiée de manière à ce que le Luxembourg verse désormais 2,7 milliards de moins à la Belgique. Jean-Claude Juncker s'est montré avare envers les communes belges peuplées de frontaliers/ères: Ce sera la Belgique elle-même qui leur payera 600 millions de compensations. Fruit de négociations habiles ou complaisance achetée par une participation généreuse aux dépenses militaires communes?

**STRASSENPROSTITUTION**

# Warten aufs Gericht

**Das Straßenstrich-Problem ist weiter ungelöst. "Abwarten", signalisiert die Stadt nach außen. Hinter den Kulissen werden jedoch Vorbereitungen für ein neues Prostitutionsgesetz getroffen.**

(ik) - Wer gehofft hat, die Stadt würde Konsequenzen aus den massiven Protesten gegen den verlegten Straßenstrich ziehen, wird enttäuscht sein. "Im Moment bleiben wir bei der aktuellen Lösung", stellte Schöffe Laurent Mosar klar. Der Schöffenrat der Stadt Luxemburg hatte sich am vergangenen Freitag getroffen, um über die rechtlichen und politischen Konsequenzen der Verlegung des Straßenstrichs zu beraten (die WOXX berichtete). Hintergrund für dieses Treffen war u.a. die vorläufige Entscheidung des Schnellgerichts vom "Tribunal administratif", die von den vier in der Rue Wenceslas und der Rue d'Alsace ansässigen Unternehmen geforderte einstweilige Verfügung gegen 'Straßenprostitution vor der Haustür' zwar abzuweisen, die grundsätzliche Klage gegen das umstrittene Reglement der Stadt Luxemburg aber anzunehmen. "Wir warten noch auf die endgültige Entscheidung des Gerichts", begründete Mosar die Haltung der Stadt.

In der Gerichtsverhandlung, die voraussichtlich noch vor der Sommerpause des Gerichts, also vor dem 15. Juli, stattfindet, wird mit der Frage der Rechtmäßigkeit des Reglements aber nicht nur die Standortfrage der Prostituierten diskutiert. "Es geht um Grundsätzliches", so Laurent Mosar. Sollte das Ge-

richt das Reglement mit der gegenwärtigen Rechtslage für unvereinbar halten - diese verbietet die Sexarbeit nicht - steht als nächstes die Frage nach der prinzipiellen Regelung von Prostitution auf dem Programm.

"Es kann nicht sein, dass Prostitution im gesamten Stadt- und Landgebiet erlaubt ist. Das will doch niemand", warnte Mosar bereits vergangene Woche gegenüber der WOXX. Der Schöffenrat der Stadt begrüßt daher die grundsätzliche, juristische Klärung. "Dann wissen wir nämlich auch, was wir reglementieren dürfen und was nicht." Vorsorglich werden jetzt hinter den Kulissen die ersten, für eine Gesetzesänderung notwendigen Kontakte zu den verantwortlichen Ministerien aufgenommen. Zurzeit würden Gespräche mit den Stadtverantwortlichen geführt, bestätigte Familien- und Frauenministerin Marie-Josée Jacobs. Thema sei in erster Linie, wie "eine Verbesserung der gegenwärtigen Situation der Frauen erreicht werden könnte". In welche Richtung das Frauenministerium argumentieren wird, ließ die Ministerin allerdings offen. Gegenüber Eroscentern, die vor allem vom "Interessensverein Gasperich" als "sauberste Lösung" des Straßenstrich-Problems befürwortet werden, äußerte sich Jacobs zurückhaltend. Sie wies auf die

damit verbundene "Auslagerung der Drogenabhängigen" hin.

Fragt man die Betroffenen, die Prostituierten, bieten staatliche Bordelle aber auch aus anderen Gründen keine Lösung. "Sollen wir dann dem Staat Miete zahlen?", fragt eine. Tatsächlich sind vom Staat betriebene Sex-Etablissements juristisch ebenfalls fragwürdig: Der Schritt zur Zuhälterei und somit zur Förderung der Prostitution, in Luxemburg per Gesetz verboten, ist nicht weit. Und der viel beschworene Vorteil der Eroscenter, die gesundheitliche Hygiene, hat den Nachteil, dass diese auch in Bordellen nicht hundertprozentig garantiert werden kann - ganz zu schweigen davon, was eine lückenlose Kontrolle für die arbeitenden Frauen (und Männer) bedeuten würde.

Der Gaspericher François Dahm weiß zur Not noch eine andere Lösung: "Warum nicht auf den Kockelscheuer oder auf die Park and Rides mit den Prostituierten?" Bedenken, die abseits gelegenen Orte könnten Sicherheitsrisiken für die Frauen bedeuten, teilt der Präsident des Interessensverein Gasperich nicht: Es gebe doch die Polizei, "wo ist da das Problem?"

*Am 21. Juni, um 19.30 Uhr im Gaspericher Pfarrhaus, werden die AnwohnerInnen (nicht jedoch die Prostituierten) Gelegenheit haben, mit den Verantwortlichen der Stadt Luxemburg in einer offenen Aussprache ihre Bedenken und Verbesserungsvorschläge zum Straßenstrich vorzutragen.*

**ELECTIONS**

# Intégration par le vote - un échec ou un début?

**Pourquoi y avait-il si peu de candidatures communautaires aux dernières communales? Et encore moins d'élus non-luxembourgeois-es? Le SESOPI est en train de chercher des réponses.**

(rw) - "Repérer les facteurs objectifs et structurels qui favorisent la candidature" - tel était le but que s'était posé le centre intercommunautaire SESOPI qui vient de publier une recherche quantitative sur les candidatures étrangères aux dernières élections communales. Ce choix d'une approche "positive" ne risque-t-il pas de négliger les facteurs d'exclusion?

**Faciliter la participation**

Venons-en d'abord aux résultats récoltés. Partant des 32,1 pour cent que constituent les communautaires dans la population, on retrouve parmi l'électorat des communales seulement six pour cent de communautaires, pour qui on constate ensuite un faible taux d'inscription (13,1 pour cent) et un taux encore plus bas de candidatures (4,3 pour cent). Dans presque deux tiers des communes, il n'y a pas eu de candidature étrangère du tout. Le profil type des personnes qui ont posé leur candidature: elles ont entre 36 et 55 ans, un niveau de formation élevé, de bonnes connaissances du luxembourgeois, sont de nationalité italienne ou néerlandaise, vivent dans une commune à

scrutin proportionnel du sud ou du centre et se présentent pour une petite formation comme "déi Lénk" ou "Déi Gréng". Quant aux résultats, ils semblent également plutôt maigres: neuf élu-e-s (soit 0,8 pour cent du total), dont cinq dans des communes à vote majoritaire.

En cherchant les raisons de cette faible participation couronnée, en plus, de peu de succès, l'équipe de recherche propose les pistes suivantes: les conditions de résidence trop longues, le manque d'efforts des partis et des communes lors de la mobilisation de l'électorat étranger et la concurrence entre logique électorale et logique idéologique. A côté de campagnes de sensibilisation ciblées sur des groupes sous-représentés, - les jeunes, les milieux ouvriers, les personnes de nationalité portugaise - le SESOPI propose d'introduire une inscription "automatique", de réduire et de simplifier les conditions ou d'ouvrir l'accès des élu-e-s aux postes de l'exécutif communale.

Etonnant que le SESOPI n'ait pas analysé de plus près le système politique luxembourgeois. En comparant cette étude

à celles sur la participation politique des femmes, on constate des analogies frappantes: les deux groupes sont constitués de "novices" politiques, ayant un niveau de formation élevé, se présentant surtout dans les communes proportionnelles, mais remportant plus de succès dans les communes majoritaires.

**Et le système politique?**

Concrètement cela veut dire que sur les listes proportionnelles, les femmes aussi bien que les communautaires sont en premier lieu recruté-e-s par les partis pour compléter les listes et soigner une image progressiste. Mais pour faire une percée dans ce système marqué par le panachage et le vote fortement personnalisé, il faut avoir une certaine renommée et/ou être massivement soutenu-e par son parti. Dans les communes à système majoritaire par contre, les candidat-e-s doivent poser leur candidature de leur propre initiative, sans le soutien d'un parti. Une fois cette barrière surmontée, les chances d'être élu-e sont cependant souvent plus grandes.

Notre système électoral défavorise donc massivement les novices, l'électorat penchant pour les personnages connus - ce qui entraîne les partis à miser sur les valeurs sûres au lieu de soigner la formation et la promotion de nouvelles recrues. Un cercle vicieux qu'on ne pourra briser qu'en mettant en cause le système de vote.